

# Steuern und Ultimatum

von J. Henningsen

Eine der schlimmsten Bedingungen, welche durch Annahme des Ultimatums am 10. Mai 1921 unserem deutschen Volke auferlegt wurden, ist

## die Steuerfreiheit der sogenannten Reparationsbonds.

Das von der Regierung unterzeichnete Ultimatum enthält unter Artikel 3 das Zugeständnis, daß wir für die an den Feindbund zu leistenden Zahlungen Schuldverschreibungen, die mit 5 vom Hundert zu verzinsen sind, ausstellen müssen. Dafür gab es zwei Wege. Erstens: Die Schuldverschreibungen wurden nach dem errechneten Anteil den Klassen der verschiedenen Feindbundländer zugeführt und in einem zu vereinbarenden Zeitraum vom Reiche, das bis dahin die Zinsen zu zahlen hatte, wieder eingelöst.

Aber wozu gibt es internationale Finanzfachverständige, die ja in der ganzen Welt so etwas wie eine einzige, wenn auch nicht zahlreiche, aber desto einflußreichere Familie bilden? Mit ihrer für solche Dinge geeigneten Spürnase hatten sie mit feiner Witterung sehr schnell herausgefunden, wie sich das mobile Großkapital um die furchtbaren Lasten des Weltkrieges herumdrücken könnte. Man ist in solchen Dingen nicht engherzig, und wenn der Pariser, Londoner, New-Yorker und andere internationale Geldmänner ihren bedrohten Brüdern in Deutschland beispringen können, um dadurch zur Festigung der Weltherrschaft des internationalen, mobilen Großkapitals beizutragen, so sind sie stets hilfsbereit, denn

## „Blut ist dicker als Wasser“,

wie unser vormaliger Kaiser in vielleicht dunkler Erkenntnis der Klassenfrage einmal sagte.

Die Kriegs- und Revolutionsgewinnler aller Länder sind doch fast ausnahmslos immer dicke Freunde geblieben.

## Was sind den Mammonarchen Blut und Tränen,

was sind ihnen Not, Sorge, Siechtum und Tod von Millionen ausgebeuteter, gehehter und gequälter Menschen, wenn sie nur

auf dem Wege zur Weltherrschaft mit Hilfe der irregeleiteten Massen weiter vorankommen.

Daher wurde auf ihren Einfluß hin der zweite Weg bestimmt:

Die Schuldverschreibungen bleiben nicht bis zur allmählichen Einlösung in den Klassen des Feindbundes, sondern müssen nach Artikel 3 des Ultimatums auf den offenen Geldmarkt kommen und müssen jetzt und in Zukunft in Deutschland von allen Lasten und Abgaben freigelassen werden, also auch von etwaigen Steuern, die noch für Einkommen oder Vermögen kommen könnten. An Steuern, von denen die Papiere freizulassen wären, kommen u. a. in Frage:

1. die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer;
2. die Kapitalertragssteuer;
3. die Erbschafts- und Schenkungssteuer;
4. die Stempelsteuer;

5. die Besitzsteuer;

6. das Reichsnotopfer, auch in der jetzt durch die Reichsregierung vorgeschlagenen „veredelten Form“, wie sie der Entwurf des Vermögenssteuergesetzes vorsieht;

7. die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit.

Insgesamt handelt es sich um Schuldverschreibungen in Höhe von 50 Milliarden Goldmark, die bis zum 1. November 1921 auszustellen sind. Dazu kommen noch Schuldverschreibungen über weitere 82 Milliarden Goldmark, die ebenfalls zum 1. November 1921 ausgestellt und zunächst ohne Zinscheine herausgegeben werden sollen. Wie groß der Anteil davon für den inländischen Markt sein wird, läßt sich heute natürlich nicht sagen.

## Wer kann nun diese Schuldverschreibungen erwerben?

Arbeiter, Angestellte und Beamte haben durchweg, besonders bei der jetzt eingetretenen weiteren Verteuerung der Lebenshaltung, keine Mittel dafür. Handwerker, Kaufleute, Landwirte und Fabrikanten brauchen ihre Mittel dringend, um Rohstoffe, Waren, Maschinen, Werkzeuge, Kunstdünger usw. für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Betriebe anzuschaffen und die steigenden Steuerlasten aufzubringen. Es bleiben also nur die leider allzuvielen

## Kriegs- und Revolutionsgewinnler,

die ihr Geld nach dem Auslande verschoben oder sonst versteckt haben, und die nun die Gelegenheit ergreifen werden, um sich um die Steuern herumzudrücken. Sie werden infolge ihrer „guten Beziehungen“ auch am leichtesten in den Besitz der Schuldverschreibungen gelangen können.

Kriegs- u. andere Reichs-, sowie Staats- u. Stadtaußen werden natürlich bei der starken Nachfrage nach den steuerfreien Schuldverschreibungen gewaltig im Kurse sinken, wodurch gerade denen, die dem Reiche in seiner schwersten Notzeit, im Kriege, helfen wollten, insgesamt viele Milliarden verloren gehen.

## Eine weitere schlimme Folge

wird die sein, daß nunmehr die übrigbleibenden Steuerzahler infolge der Steuerfreiheit der erwähnten Schuldverschreibungen desto höhere Steuern aufbringen müssen, um den Anforderungen, die der Feindbund, die innere Verwaltung und manche Mißwirtschaft im Lande an Reichs-, Staats- und Gemeindefäkel stellen, nachzukommen.

## Und das alles wurde unterzeichnet,

ohne erst das gesamte Volk zu befragen, ja ohne besonders diese wichtigen Gesichtspunkte bei den Verhandlungen im Reichstage und auch sonst in der Öffentlichkeit gebührend hervorzuheben.

## Das ganze Volk von rechts bis links

würde, wenn es rechtzeitig die Wahrheit erfahren hätte, bei genügender Würdigung dieser Frage sicher das Ultimatum abgelehnt haben.

## Nun stehen wir vor dem Abgrund.

Die Bedingungen des Ultimatums sind nicht zu erfüllen, das ist eine Erkenntnis, die selbst einsichtigen sachverständigen Feinden kommt, wie dem Amerikaner Vanderlip, dem



Engländer Keynes u. a. m. Nur unsere Staatsmänner können das leider noch nicht begreifen, und ein Mann wie Rathenau erklärt, daß das deutsche Volk bezahlen könnte, es käme nur auf das Maß von Not und Entbehrungen an, die jeder Einzelne tragen müsse. Herrn Rathenau als vielfachen Millionär werden diese Entbehrungen allerdings nicht besonders bedrücken. Wir haben jetzt trotz aller schönen Worte, die wir vorher hörten,

## keine Steuerreform in Verbindung mit einer gesunden Wirtschafts- und Verwaltungsreform

vor uns, sondern nur ein weiteres Anziehen der Steuer-schraube in der bisher schon eingeschlagenen falschen Richtung.

### Steuern auf Besitz, Einkommen und Verbrauch

sind in unerträglicher Höhe vorgeschlagen worden. Bei ihrer Annahme werden Elend und Not sich vermehren, wird die Privatwirtschaft schwer geschädigt, wenn nicht gar vernichtet werden, besonders wenn die von der Sozialdemokratie immer wieder vorgeschlagene

### Erfassung der Goldwerte durch Einführung der geplanten Zwangshypothek

greifbare Gestalt annehmen sollte.

Dabei reichen auch die vorgeschlagenen Steuern bei ihrer vollen Annahme nicht im entferntesten aus, um den dringend notwendigen Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen herbeizuführen. Die kommenden Ausgaben betragen gering gerechnet:

1. Ausgaben im Reich	jährlich 82 Milliarden Mark
2. Unterhaltung der feindlichen Besatzung und der Feindbunds-kommissionen	" 15 "
3. durch Annahme des Ultimatums übernommene Zahlungen an den Feindbund	" 57 "
zusammen jährlich 154 Milliarden Mark	

Jede weitere Verschlechterung der Valuta bringt natürlich eine Erhöhung der Ausgaben.

Demgegenüber stehen an Einnahmen, selbst wenn alle Steuern der neuen Vorlage angenommen werden und die erwarteten Erträge bringen, nur rund 80 Milliarden Mark. Es müssen also noch weitere 70—80 Milliarden Mark aufgebracht werden.

### Diese Lasten führen zum Zusammenbruch.

Daher fordern wir von der Reichsregierung u. a.:

1. Die schnellste Aufnahme neuer Verhandlungen mit dem Feindbund mit dem Ziel einer wesentlichen Erleichterung der Friedensbedingungen, einer starken Senkung der Besatzungskosten und Fortfall der Steuerfreiheit für die dem Feindbund auszustellenden Schuldverschreibungen.

Dieses Flugblatt ist zu nachstehenden Preisen zu beziehen: 10 Stück 1.25 Mk., 25 Stück 2.25 Mk., 50 Stück 4.— Mk., 100 Stück 7.50 Mk., 500 Stück 32.50 Mk., 1000 Stück 60.— Mk., 10000 Stück 500.— Mk. — Der Versand erfolgt postfrei gegen Voreinsendung des Betrages vom Deutschen Verlag, Hamburg 1, Spitalerstraße 16, (Postfachkonto Hamburg 26927). Dorthin sind auch Flugblätter „Kampf den Feindbundswaren“ zu den oben genannten Preisen, sowie Siegelmarken für Briefverschlässe usw. mit 10 verschiedenen Aufschriften wie: Schafft deutschen Arbeitern Brot; Kauft keine Feindbundswaren! Wer feindliche Waren kauft, hilft den Feinden! Raucht keine englischen Zigaretten! Trinkt keine französischen Weine! usw. zu folgenden Preisen erhältlich: 1000 Stück 12.— Mk., 10000 Stück 100.— Mk., 50000 Stück 450.— Mk., 100000 Stück 800.— Mk.

2. Zurückziehung der jetzigen Steuervorlage und eine wirkliche Steuerreform, die der Schaffenskraft des deutschen Volkes Rechnung trägt.

3. Steigerung der Erzeugung und dadurch vermehrte Ausfuhr und Rohstoffeinfuhr durch Beseitigung des achtstündigen Arbeitstages in solchen Betrieben, in denen eine längere Arbeit geleistet werden kann.

4. Ablehnung aller entbehrlichen Fertigerzeugnisse aus dem Auslande, besonders aus den Feindbundsändern, damit das Geld im Lande bleibt und die eigenen Erwerbslosen beschäftigt werden können.

5. Steigerung der Leistungsfähigkeit der Reichsbetriebe, um deren große Fehlbeträge in Ueberschüsse umzuwandeln; Sparbarkeit in der gesamten Verwaltung, ausreichende Bezahlung tüchtiger Beamter und Angestellter, Entlassung aller überflüssigen und unfähigen, nur aus Parteigründen angestellten Beamten.

Nur eine Regierung, die so vorgeht, wird uns aus der gegenwärtigen Bankrottwirtschaft herausführen können. Das Volk braucht nicht schöne Reden, sondern will endlich Taten sehen.

## Kann die Regierung sich dazu nicht entschließen, so möge sie Neuwahlen anordnen.

Das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit wird ihr dann durch den Stimmzettel zeigen, daß es die bisherige Politik satt hat, daß es vor allen Dingen auch kein Verständnis hat für die Steuerfreiheit der Kriegs- und Revolutionsgewinnler, und daß es nur Männer haben will, denen

## das Wohl des gesamten Volkes über alles

geht. Aus welcher Partei diese Männer kommen, mag gleichgültig sein, wenn sie nur den klaren Blick für die nötige Neuordnung der Dinge aufweisen und den Mut haben, den als richtig erkannten Weg ohne Rücksicht auf das Geschrei ihrer Gegner zu beschreiten.

## Im Anfang war die Tat!

Wer unser Volk und Vaterland vor der völligen Vernichtung bewahren will, der sorge mit uns für die Durchführung einer gesunden Steuer- und Wirtschaftsreform, beziehe und verteile das vorliegende Flugblatt sowie andere unserer Schriften in möglichst großen Mengen und schließe sich unserm parteipolitisch neutralen

## Deutschen Bund für Gewerbe, Handel und Industrie

als Mitglied an. Der Mindestbeitrag beträgt nur 20.— Mk. jährlich. Trotz der Geldentwertung haben wir den Beitrag bisher nicht erhöht, um auch Kreisen mit bescheidenen Einkommensverhältnissen den Beitritt zu ermöglichen, doch sollten alle Einsichtigen, deren Einkommen das zuläßt, sich mit einem höheren Beitrage beteiligen.

Hierdurch melde ich mich bei dem

## Deutschen Bund für Gewerbe, Handel und Industrie

Hamburg 1, Spitalerstraße 16, Haus „Seeburg“, (Postcheckkonto Hamburg 23100, Fernsprecher: Alster 5493)

als Mitglied mit einem Jahresbeitrage von ..... Mark an  
(Mindestbeitrag 20.— Mark jährlich)

Name und Stand  
(bitte deutlich und genau)

Wohnort und Wohnung  
(bitte deutlich und genau).